Der 9. November – ein deutscher Gedenktag

Mit dem 9. November verbindet sich in Deutschland das Gedenken an die Reichspogromnacht vor 88 Jahren, an die Ausrufung der ersten deutschen Republik vor 108 Jahren und an das Jahr 1989, als an diesem Tag die Mauer in Berlin fiel.

Am 9. November 1918 erreichte die revolutionäre Welle Berlin. Angesichts riesiger Demonstrationszüge verkündete Reichskanzler Prinz Max von Baden (1867 bis 1929) eigenmächtig die Abdankung des Kaisers, weil er hoffte, damit den politischen Umsturz noch aufhalten zu können. Max von Baden übertrug dem Vorsitzenden der Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands (MSPD), Friedrich Ebert (1871 bis 1925), das Amt des Reichskanzlers, der durch eine Regierungsumbildung verhindern wollte, dass die revolutionäre Bewegung sich weiter radikalisierte.

Noch am selben Tag rief Philipp Scheidemann (1865 bis 1939, MSPD) von einem Fenster des Reichstagsgebäudes die „deutsche Republik“ aus. Wenige Stunden später proklamierte Karl Liebknecht (1871 bis 1919, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)/Spartakusbund) von einem Balkon des Berliner Stadtschlosses die „freie sozialistische Republik“.

Nach dem „Anschluss“ Österreichs am 12. März 1938 nahmen Umfang und Brutalität der Verfolgung zu. In München, Nürnberg und Dortmund wurden von Juni bis September 1938 die Synagogen gesprengt und abgebrochen - Ereignisse, die die Bevölkerung begeistert feierte.

Diese zunehmende Verfolgung der Juden kulminierte schließlich in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, als in ganz Deutschland die meisten der noch bestehenden 400 Synagogen verwüstet und in Brand gesteckt, Friedhöfe geschändet und jüdische Geschäfte und Wohnungen verwüstet wurden.

---

9. November 1989: In einer Pressekonferenz des Sekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) für Informationswesen, Günter Schabowski (1929 bis 2015), stellte der italienische Journalist Riccardo Ehrman (1929 bis 2021) eine Frage zur neuen Reiseregelung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

Daraufhin verlas Schabowski eine Erklärung, in der es unter anderem hieß: „Die zuständigen Abteilungen Pass- und Meldewesen der Volkspolizeikreisämter in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne dass dabei noch die Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen.“ Und: „Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD beziehungsweise zu West-Berlin erfolgen.“

Auf die Frage, ab wann das gilt, sagte Schabowski: „Das tritt nach meiner Kenntnis... ist das sofort, unverzüglich.“ Da die Pressekonferenz live im DDR-Fernsehen übertragen wurde, zogen Tausende Berliner zu den Grenzübergangsstellen und verlangten deren Öffnung.

Quelle: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw45-9-november-865194